



Interviews

22. März 2024

Vier Jahre nach dem ersten Corona-„Shutdown“: Der Virologe Christian Dros- ten von der Charité Berlin im Gespräch mit Philipp May

(Einspieler) O-Ton Angela Merkel: „Ich habe mich heute Nachmittag ausführlich mit den Regierungschefs und Chefinnen der Bundesländer beraten – telefonisch. Wir alle sind uns des Ernstes der Situation bewusst. Das Corona-Virus breitet sich weiter mit besorgniserregender Geschwindigkeit in unserem Land aus.“

O-Ton Armin Laschet: „Und ich bin froh, dass wir als Länder mit dem Bund einig sind, durch ein Kontaktverbot Infektionsketten zu unterbrechen und Ansteckungen zu verlangsamen. Zentral dabei ist der Gedanke, soziale Kontakte über die Kernfamilie hinaus einzustellen.“

O-Ton Markus Söder: „Wir freuen uns sehr, dass der Schritt, den Bayern gemacht hat, letztlich jetzt in ganz Deutschland wirkt. Es gab ja die eine oder andere Debatte über die Geschwindigkeit der Maßnahmen. Wir hätten es nicht verantworten können, später zu entscheiden.“

O-Ton Christian Lindner: „Wir haben in den Ländern mit unseren FDP-Regierungsbeteiligungen das mit unterstützt, weil es jetzt notwendig ist. Allerdings sollten Freiheitsrechte nur so lange wie irgend nötig eingeschränkt werden, nicht länger.“

O-Ton Thomas Förster: „Wenn jetzt über zwei Wochen der Umsatz nicht kommt, dann kann man das vielleicht noch etwas verkraften, ja. Aber wenn es dann doch länger dauert, dann ist es irgendwann soweit, dass du deine Rechnungen nicht mehr bezahlen kannst, und dann wissen wir ja alle, was passiert. Dann geht es in die Insolvenz, dann wird der Betrieb zugesperrt, und da befürchten wir im Gastgewerbe wirklich eine Insolvenzwelle. Das wird alle betreffen, die ganz kleinen, die kleinen, die mittleren und auch die großen.“

Philipp May: So war das damals, die Sorgen und Nöte: Merkel, Laschet, Söder, Lindner und am Ende der Gastronom Thomas Förster aus Nürnberg. – Kaum zu glauben, dass es schon wieder vier Jahre her ist. Am 22. März 2020 trat der erste bundesweite Shutdown in Kraft. Kontaktverbote wurden verhängt, Läden geschlossen und vor allem Schulen und Kindergärten. Das öffentliche Leben kam weitgehend zum Erliegen und auf einmal ging es in der öffentlichen Debatte um Infektionszahlen, um Virusvarianten, Spike-Proteine und Sieben-Tage-Inzidenzen, solche Sachen, und deswegen hat nicht nur die Kanzlerin zugehört, sondern Millionen von Menschen, wenn er erklärte, meistens im Podcast „Corona-Update“ der

Kollegen vom NDR, hin und wieder auch mal bei uns, aber er wurde mit zunehmender Dauer der Pandemie auch angefeindet, persönlich verantwortlich gemacht, angepöbelt für umstrittene politische Entscheidungen (die er nicht gefällt hat). Gerade in dieser Woche hat er deswegen als Zeuge vor Gericht ausgesagt in einem Beleidigungsprozess. Jetzt ist er am Telefon. Guten Morgen, Christian Drosten.

Christian Drosten: Guten Morgen, Herr May.

May: Aus medizinischer Sicht – sind wir gut durch die Pandemie gekommen?

Drosten: Aus epidemiologischer Sicht, wenn man die Zahlen anschaut, ist Deutschland jetzt nicht so schlecht durchgekommen. Man muss ja die großen europäischen Industrieländer vergleichen. Da ist es schon ganz gut gelaufen. Es hätte aber besser laufen können.

May: Fangen wir erst mal damit an, was gut lief. Was lief denn gut bei uns?

Drosten: Die deutsche Reaktion auf die erste Welle ist international gelobt worden. Das galt ja so als das „German Miracle“. Wir haben sehr früh diese erste Welle erkannt, dadurch, dass wir die Labordiagnostik im Land früh etabliert haben. Dann konnte die Politik darauf ganz früh und zweifelsfrei reagieren und dadurch kamen wir mit relativ milden Kontrollmaßnahmen auf eine sehr niedrige Zahl von Verstorbenen in der ersten Welle. Das hat andere Länder gewundert. Wenn Sie zum Beispiel England anschauen: Die haben im Vergleich zum Beginn der ersten Welle ungefähr drei Wochen später mit den Maßnahmen begonnen und haben viele, viele Tote gehabt. Wir würden rechnen, bei dieser Letalität hätten wir in Deutschland 70.000 Tote gesehen, bei der englischen Letalität. In Wirklichkeit waren es nur 9000 bei uns.

May: Dann schauen wir noch mal ganz konkret auf diese erste Welle. Sie sagen, milde Maßnahmen. Vor genau vier Jahren ging es los. Die Schulen waren da sogar schon geschlossen für eine Woche. Es gab Kontaktverbote, die Gastronomie wurde geschlossen, Sportvereine, sogar Spielplätze, alles auch unter dem Eindruck dieser Schreckensbilder beispielsweise aus Bergamo vor allem, getragen übrigens, wir haben es gehört, auch von einer großen Mehrheit in der Bevölkerung und der Opposition, zum Beispiel der FDP, die damals noch in der Opposition war, sogar weitestgehend auch von der AfD. Und doch fragen sich viele, war das alles notwendig, und vor allem, hat das nicht vielleicht schon am Anfang zu viel Kredit gekostet für den weiteren Verlauf der Pandemie?

Drosten: Das ist möglicherweise so gewesen. Aber zunächst mal: War es notwendig? War es effektiv, kann man auch fragen? – Wir haben inzwischen darüber Daten. Es gibt eine Evidenzsynthese in internationaler Auswertung des Literaturstandes. Wir wissen inzwischen sicher, dass die Versammlungs- und Ausgangsbegrenzungen, die Mobilitätsmaßnahmen an den Arbeitsplätzen, Homeoffice-Regelungen, die Schulschließungen, die Maskengebote und auch die Testung und die Kontaktverfolgung sehr gut gewirkt haben. Das ist jetzt wissenschaftlich erwiesen.

Wo es vielleicht schlechte Evidenz gibt war die Schließung von Geschäften und auch alles, was wir so an Hygienekonzepten zusammenfassen mit diesem Begriff, das Lüften, die Belegung von Räumen, die Händedesinfektion. Nun muss man aber auch sagen, die Evidenz ist manchmal auch deswegen wackelig, weil die Studien dazu nicht gut genug angelegt waren.

May: Was habe ich mir die Hände gewaschen damals, ich erinnere mich. – Es ging dann aber nicht so gut weiter. Wir kamen raus aus dem Sommer als gefühlter Corona-Weltmeister. Dann kam der Herbst, die Infektionszahlen gingen hoch, dann die Todeszahlen, und es kam dieser unglaublich zähe „Lockdown Light“ im Prinzip von November bis weit in den Frühling hinein. Was lief dort schief?

Drosten: Na ja, ich denke, das ging schon im Sommer los. Da gab es eine entspannte Stimmung. Alle haben gedacht, wir haben das mal wieder am allerbesten hinbekommen, in Deutschland ist immer alles glimpflich. Dann kamen viele Stimmen in der öffentlichen Diskussion auf, ob denn überhaupt eine Winterwelle kommen wird. Wenig später hieß es dann, wer weiß, ob irgendwann mal die Impfung kommt. Da hatten wir in Wirklichkeit schon gute Daten über die Impfungen, nur das war die öffentliche Debatte. Es kamen Stimmen, die sagten, es muss sich ja eh jeder infizieren, worauf wollen wir denn warten. Es gab damals dieses Papier der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, was die Politik sehr verunsichert hat. Deshalb gab es dann diesen, wie Sie selber auch sagen, quälenden sogenannten Teil-Lockdown, wo das Erwachsenen-Freizeitleben im Prinzip geschlossen wurde und die Geschäfte, während jeder zur Arbeit ging, die Schulen waren offen, und wir hatten über lange Zeit täglich fast tausend Tote, und das ging dann einfach nicht mehr. Dieses lockerlassen, das zu frühe lockerlassen vor der Impfung, diese Lockdowns, die dienten ja dem Warten bis zur Impfung, dass man bis dahin die Vulnerablen in der Bevölkerung schützt, denn die können sich ja nicht selber schützen, und dann aber auf die Impfung umschwenkt. Das war sicherlich eine Sache, die in Deutschland falsch gelaufen ist, dass man nicht lange genug durchgehalten hat. Man hätte nur noch ein paar Wochen bis Monate länger konsequent sein müssen. Dann hätte man vielen Menschen das Leben gerettet.

May: Sie haben gerade die Unsicherheit der Politik angesprochen. Das ist ganz interessant. Sie haben die Kanzlerin und die Ministerpräsidenten immer wieder beraten. Wir hatten vor anderthalb Wochen Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow hier im Interview zum gleichen Thema und er hat damals noch mal beschrieben, wie schwierig bis unmöglich es im Prinzip war, in diesem Gremium der vielgescholtenen Ministerpräsidentenkonferenz zu stringenten Entscheidungen zu kommen und wie er auch selbst mit sich gehadert hat. Eine Schlussforderung, die er für sich getroffen hat, war diese: Die können wir mal kurz einspielen aus dem Interview.

(Einspieler) O-Ton Bodo Ramelow: „Deswegen sage ich, ein Bundeskrisenstab ist kein Abgeben an Macht, sondern eine strategische Entscheidung, die wir ja auch treffen, wenn wir Hochwasser haben oder wenn wir andere Katastrophen haben. Wir kämen doch auch nicht auf die Idee, eine Hochwasserabwehr über eine Ministerpräsidentenkonferenz zu machen. Wir brauchen eine Entscheidung, ab welcher Stufe von einer Pandemie und in welcher Entwicklung tatsächlich ein Krisenstab bundesweit einheitlich handeln kann und handeln muss, und der muss in der Autorität so ausgestattet sein, dass die Ministerpräsidentenkonferenz deren Entscheidung auch folgt.“

Philipp May: Bodo Ramelow sagt, besser wäre eine zentrale Entscheidungsgewalt gewesen, ein Krisenstab. Würden Sie auch sagen, diese MPK, die sich dann ja auch noch mal in ein Team Vorsicht und in ein Team Bürgerrechte aufteilte – Markus Söder und Armin Laschet waren da zumindest die medialen Antipoden -, war eher ungeeignet für klare Entscheidungen?

Christian Drosten: Die Entscheidungen kamen ja nicht allein aus der Politikberatung, sondern in erster Linie auch aus den Medien, aus dem öffentlichen Diskurs, der damals geführt wurde, und da braucht wahrscheinlich die Politik eine klar identifizierbare Referenz. Das kann durch so einen Krisenstab sicherlich kommen. Es kann auch dadurch kommen, dass die Wissenschaft selbst eine Politikberatung besser organisiert und besser zeigt, wo eigentlich die wissenschaftliche Mehrheitsmeinung liegt, so dass nicht weiter diese öffentlichen Diskussionen so querlaufen, dass da einzelne Stimmen sind, die vielleicht eine ganz breite mediale Bühne bekommen und die dann alle verunsichern, obwohl deren Meinungen gar nicht wissenschaftlich verifizierbar sind.

May: Wenn jetzt über die Fehler der Politik gesprochen wird, dann werden in aller Regel als erstes die langen Schulschließungen insbesondere während des zweiten Lockdowns ge-

nannt, auch von Karl Lauterbach. Der sagt, dass es insgesamt eine Unwucht bei den Maßnahmen gegeben habe, zu Lasten von Kindern und Jugendlichen. Würden Sie da auch mitgehen?

Drosten: Rein epidemiologisch betrachtet haben wir das eigentlich immer so gesagt aus der Wissenschaft, dass es egal ist, wo man die Infektionszahlen begrenzt, ob jetzt in den Schulen, im Erwachsenen-Arbeitsleben, im Freizeitleben, Hauptsache die Gesamtzahl wird begrenzt, und die Balance, die da immer zu finden war, war zwischen Maßnahmen an Arbeitsplätzen, sprich beispielsweise Homeoffice-Regelung oder Gesetzgebung, und Maßnahmen im Schulbetrieb. Das waren greifbare politische Einheiten. In Deutschland lag die Balance stärker auf dem Schulbetrieb als in anderen Ländern, die stärker bei den Arbeitsstätten eingeschritten sind. Das haben wir, habe ich auch immer so zu Protokoll gegeben, sagen wir mal, in der Öffentlichkeit.

Was übrigens die deutsche Besonderheit ist bei den Schulschließungen, ist nicht, dass die länger geschlossen wurden. Darüber gibt es ja präzise Daten von der OECD. Wir sind in Deutschland unter dem OECD-Durchschnitt mit der Länge der Schulschließungen. Wir liegen ungefähr im europäischen Mittelfeld. Was die Besonderheit ist, dass wir in Deutschland noch einmal sehr spät da eingeschritten sind, am Beginn des Jahres 2021. Da haben andere Länder schon stärker verstanden, dass sie an den Schulbetrieb nicht herangehen und stattdessen mehr bei den Arbeitsstätten machen. Das war in Deutschland anders gewichtet, aber das war eine rein politische Entscheidung.

May: Was ist mit den Altenheimen? Musste man die so abriegeln? Da sind viele einsame Tode gestorben worden, war aber auch die vulnerabelste Gruppe.

Drosten: Ja, das ist richtig. Man hat ja die Vorstellung manchmal gehabt, man könnte die im Prinzip sonderbehandeln, deren Kontakte nach außen einfach ganz begrenzen. Das funktioniert leider nur in der Theorie besonders gut, denn das hat auch starke Kollateraleffekte, wie es das auch an den Schulen hatte mit den Kollateraleffekten. Hier war es die Vereinsamung und das muss man überlegen, ob man das machen kann.

Man hatte dann später die Idee, dass man das über Testung abriegelt. Da gibt es inzwischen eher wissenschaftliche Gegenbelege dazu. Das funktioniert nicht wirklich mit der Testung.

Es ist in der Summe tatsächlich so: Wenn man die Altenheime schützen wollte, musste man schon die Inzidenz in der Gesamtgesellschaft senken. Das war der wichtigste Faktor.

May: Brauchen wir eine Enquete-Kommission, die die Corona-Politik Deutschlands im Nachhinein evaluiert, so wie es beispielsweise die FDP jetzt fordert?

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Drosten: Ich glaube, wir brauchen einen gesellschaftlichen Aufarbeitungsprozess. Dazu können politische Kommissionen gehören. Aber ich glaube nicht, dass das reicht. Ich würde auch denken, dass so eine politische Kommission dann vielleicht eher dazu führt, dass bestimmte Kräfte da eine Bühne bekommen, die gar nicht im Zentrum der Diskussion stehen sollte, sondern ich glaube, die Medien, die Wissenschaft, die Politik müssen jeweils für sich ihre Methoden einer Aufarbeitung wählen und jeweils sich selbst auch anschauen im Spiegel, wie ist das gelaufen, wo haben wir eigentlich beigetragen, wo haben wir auch schlecht beigetragen. Jeder hat sicherlich auch Fehler gemacht. Wichtig ist nur, es muss tatsächlich passieren. Da bin ich vollkommen dafür.

May: Es ist interessant, wenn Sie das so sagen. Ihnen haben ja während der Pandemie Millionen Menschen auch zugehört und sich nach Ihrer Expertise gerichtet, inklusive der Politik. Das ist ja auch eine hohe Verantwortung. Gibt es Situationen, wo Sie sich das auch im Nachhinein denken, hier an dieser Stelle hätte ich vielleicht anders kommunizieren können, da bin ich missverstanden worden, da habe ich mich missverständlich ausgedrückt, solche Sachen?

Drosten: Ich glaube, meine größten Fehler, die ich jetzt wirklich im Nachhinein bedauere, waren, dass ich mich vor der Winterwelle im Winter 2021/21 nicht klarer in den Medien geäußert habe. Ich habe mich damals ein bisschen zurückgezogen, weil ich öffentlich schon sehr unter Beschuss stand. Da hätte, glaube ich, eine klare Position geholfen. Wahrscheinlich hätte die auch geholfen in dieser Schulschließungsperiode nach Weihnachten am Beginn des Jahres 2021. Da hätte ich vielleicht auch noch deutlicher sagen müssen, dass hier vielleicht die Balance falsch liegt. Ich habe das zwar versucht, höflich auszudrücken im Podcast, aber ich glaube, das ist nicht so aufgenommen worden.

May: Sie haben schon gesagt, wir brauchen eine gesellschaftliche Aufarbeitung. Wie sind wir denn insgesamt aus Ihrer Perspektive als Gesellschaft aus dieser Pandemie herausgekommen, wenn wir jetzt mal das Medizinische oder das Epidemiologische beiseitelassen?

Drosten: Na ja, das ist jetzt fast eine Frage an den Privatmenschen Drosten und nicht an den Wissenschaftler. Ich bin kein Sozialwissenschaftler. Worüber ich mir Sorgen mache ist dieses Thema Desinformation. Das ist sicherlich eines der größten gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit, wie wir ja wissen. Das ist in der Pandemie stark aufgekommen und ist seitdem nicht mehr weggegangen und eines der wichtigsten Probleme ist da dieses Mainstreaming, dass es bestimmte anerkannte öffentliche Medien gibt, die die Tür aufma-

chen für Verschwörungserzählungen und abseitige Theorien, für Vorwürfe, die nicht referenzierbar sind. Das geht subtil los mit so einer verwischenden Sprache in der Öffentlichkeit, die Eigenverantwortung, wo eigentlich Ablehnung von Rücksichtnahme gemeint ist, und die Frage ist schon, wie passiert das. Das ist dieses Thema Meinung versus Fakten, das ist ganz schwierig.

May: Aber das ist ja ein Vorwurf, den man bis heute auch immer wieder hört: Abweichende Stimmungen auch aus anderen Disziplinen der Wissenschaft haben während der Pandemie zu wenig Raum bekommen.

Drosten: Ich bin mir nicht sicher, ob das so ist. Ich glaube, wir haben es in der Wissenschaft versäumt zu zeigen, wo eigentlich die Hauptmeinung liegt. Es waren doch in der Öffentlichkeit Personen unterwegs als Personen und nicht sprechend für DIE Wissenschaft, sondern tatsächlich eher auf einer Bühne und sprechend für sich selbst. Dadurch ist schon der Eindruck entstanden, da gibt es Außenseiter, die würden gerne noch mehr zu Wort kommen (nach meiner Meinung sind sie schon sehr breit zu Wort gekommen). Und das ist so ein Eindruck, der sich festsetzt, der aber objektivierbar nicht so ist, der von meinen vielen Kolleginnen und Kollegen in der Wissenschaft nicht geteilt wird. Auch dieser Begriff der Interdisziplinarität, dass andere Wissenschaftsdisziplinen nicht ausreichend zu Wort gekommen sind, man müsste da dann doch mal vielleicht die Talkshows analysieren, wie das denn gewesen ist, wer da gesessen hat. Ich glaube, auch das ist zum Teil eine Erzählung, die nicht dazu beiträgt, dass Konsens eintritt in der Gesellschaft, sondern eher Aufregung, eher auch Behauptungen und Narrative, die ich für gefährlich halte.

May: Dann habe ich jetzt noch eine Frage an den Privatmann Christian Drosten. War trotz alledem der Staat an bestimmten Stellen nicht möglicherweise doch zu restriktiv, ob nicht vielleicht an manchen Stellen trotz anderer Erkenntnisse in der Wissenschaft mehr Eigenverantwortung besser gewesen wäre, auch auf die Gefahr von Unvernunft hin?

Drosten: Unbedingt! Es gibt einzelne Bereiche, wo man das sagen kann. Die Frage ist, was ist „der Staat“. Es gibt da von Bundesseite Empfehlungen, dann Umsetzung auf Länderebene. Aber sagen wir mal so: Die Pfeile auf dem Boden im Kaffeeladen, wer wo hinlaufen darf, oder irgendwelche Richtlinien zum Händewaschen an bestimmten Stellen, oder auch Schließungen in manchen Bereichen im Handel, so etwas kommt ja manchmal selbst auf kommunaler Ebene noch im Klein-Klein der Regulation zustande und da ist sicherlich vieles schiefgelaufen. Ich glaube nicht, dass die ganz großen politischen Richtlinien im großen Sinne falsch waren, aber auch da wird man Kritikbereiche identifizieren können, und das wäre ja genau auch der Inhalt von so einem Aufarbeitungsprozess.

May: Ich denke jetzt beispielsweise an die Debatte über die Impfpflicht, so wie sie geführt wurde. War das möglicherweise total kontraproduktiv, weil auch am Ende ein zu großer Personenkreis beispielsweise in eine Ecke gedrängt wurde, in die er eigentlich gar nicht wollte?

Drosten: Richtig! Es sind zwei Dinge versäumt worden, klar öffentlich auszudrücken. Das eine ist: Natürlich haben Impfungen Nebenwirkungen, aber diese treten ja viel seltener und harmloser auf, als wenn man sich anschaut, man würde sich ungeschützt infizieren. Das ist das eine.

Das andere ist: Wir haben eigentlich nicht richtig kommuniziert, dass nicht alle sich impfen lassen müssen. Wir brauchen und brauchten zu keinem Zeitpunkt in der Gesellschaft 100 Prozent Impfquote. Wir brauchten aber durchaus so an die 90 Prozent. Diese Zahlen, dass man das mal versteht, dass es nicht darum geht, absolut zu sein, das wäre wichtig gewesen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.